Nr. 508. XXXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Montag 6. Oktober 1902.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Der Besuch der Burengeneräle in Berlin.

Von
Karl Blind.

London, 4. Oktober.

Eine sonderbare Aufregung zeigt sich hier bei einem großen Theile der Presse wegen des beabsichtigten Besuches der Männer, die fast drei Jahre lang die Unabhängigkeit und die Volksfreiheit ihres Vaterlandes gegen die ungeheuere Ueberzahl einer Weltmacht vertheidigten, und wegen ihres möglichen Vortretens bei dem deutschen Kaiser. „Wie können die Zeitungen drüben" — so liest man da — „die unsere Kriegführung so schändlich verleumdeten, sich noch jetzt erkühnen, diese „umherreisenden Herren" unter ihren Schutz zu nehmen? Was hat Deutschland mit der Transvaal- und der Oranjeflußansiedelung, die uns gehört, zu schaffen? Was soll diese Einmengung? Wie wäre es, wenn wir etwa Polen aus Posen hier empfingen?"

Eigenthümliche Vergeßlichkeit! Ist es dem Gedächtniß Derer, die so schreiben, ganz entschwunden, wie eifrig man sich früher in England gerade der Polen annahm? Sehr wohl erinnere ich mich noch, daß in früheren Jahren für die hier lebenden Verbannten, die am Kampfe gegen Rußland theilgenommen, aus Reichsmitteln Unterstützungen gewährt wurden. Das geschah doch viele Jahre hindurch nach der polnischen Revolution von 1830, während zwischen London und Petersburg regelmäßiger diplomatischer Verkehr stattfand. Lebhaft erinnere ich mich der Gestalt Lord Dudley Stuarts, der sich die Polensache förmlich zur Lebensaufgabe gemacht hatte.

Hat man auch vergessen, daß bei Ausbruch des polnischen Aufstandes der sechziger-Jahre Lord John Russell als Minister des Auswärtigen die „Sechs Punkte" aufstellte, durch die sich England in die inneren Angelegenheiten des Zarenreiches einmischte? Und ist es nicht Thatsache, daß — namentlich so oft ein Zusammenstoß englischer und russischer Politik im Osten droht — die hiesige Presse und die öffentliche Meinung sich stets wieder der unter autokratischer Herrschaft tief bedrückten Polen erinnert?

Ist nicht vor etwa zwei Jahren auch eine Abordnung aus Finland hier gesellschaftlich vielfach und gut empfangen worden, damit ihre Beschwerden zur allgemeinen Kenntniß gelangen?

Es spricht ja zur Ehre der Engländer, daß ihnen die besiegte Sache oft besser gefallen hat als die siegreiche. Sie haben es gegenüber den Ungarn und den Italienern bewiesen, als Beide im Kampfe für ihre Landesunabhängkeit zeitweise geschlagen waren. Soll man an Kossuths Empfang in London erinnern? Oder an den, der Garibaldi 1864 mit mehr als fürstlichen Ehren zu Theil wurde, obwohl er bei Aspromonte durch die Truppen des eigenen Königs die Kugel in den Fuß erhalten hatte?

Ehe dieser Triumphzug stattfand, hatte sich eine englische Flotte 1860, als Garibaldi von dem befreiten Sizilien nach dem neapolitanischen Festlande übersetzte, schützend zwischen ihn und ein drohendes französisches Geschwader gelegt, um ihm die Landung zu ermöglichen. Napoleon III. hatte damals noch Pläne auf Neapel, wo er einen Murat als Vasallen einzusetzen gedachte. England vereitelte den Plan zu Gunsten der Garibaldischen Unternehmung. Die Londoner Regierung handelte da ganz nach eigenem Belieben, unbekümmert um Frankreich und den König der beiden Sizilien.

Hat es nicht von jeher so gehandelt? Braucht man an Navarino zu erinnern, wo England trotz der Beziehungen zu der hohen Pforte die türkische Flotte zu Gunsten der Griechen zerschmettern half?

Nicht immer freilich hat die englische Regierung so alle diplomatischen Rücksichten zu Gunsten einer guten Sache bei Seite gesetzt. Während ihr Gesandter in Washington bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt war, that sie im Unionskriege alles Mögliche, um die Vereinigten Staaten zerreißen zu helfen. Die Raubschiffe der Sklavenhalter wurden in hiesigen Häfen ausgerüstet. Am Tische unseres verstorbenen Freundes Hepworth Dixon hat Lord John Russell, durch Fragen in die Enge getrieben, gestehen müssen, daß er von allem gewußt!

Schon war auch die Anerkennung des Sklavenhalterbundes im Kabinet geplant. Gladstone als Minister jubelte öffentlich darüber, daß „Jefferson Davis ein Heer geschaffen, eine Flotte geschaffen, und eine Nation zu schaffen im Begriffe steht". Das alles, während die Regierung zu Washington mit der in London im geordneten Verkehr stand!

Soll man daran erinnern, daß ein angeblicher Seesieg der Dänen 1864 im Londoner Parlament allgemeinen Jubel hervorrief? Daß Gladstone als Minister sich noch viele Jahre nachher öffentlich rühmte, mit den anderen Kabinetsmitgliedern zusammen dem französischen Staatsstreichskaiser ein Schutz- und Trutzbündniß zum Kriege gegen Deutschland wegen Schleswig-Holsteins angeboten zu haben, das Napoleon III. aber leider ausschlug?

Alles, was ihr beliebt, thut eine englische Regierung in auswärtigen Angelegenheiten, sogar den allgemein giltigen diplomatischen Begriffen zuwider. Die englische Presse giebt ihr Urtheil scharf genug ab über die Vorkommnisse in der ganzen Menschheit, „von China bis Peru", von London bis Petersburg und Konstantinopel. Das ist ihr gutes Recht als freie Presse. Sie soll es aber auch Anderen lassen, ohne sich unnöthig über unbequeme Urtheile aufzuhalten.

Wie? Im Angesicht der eben geschilderten Thatsachen soll es der deutschen Presse, soll es der deutschen Regierung übel angerechnet werden, daß sie so viel Ehrgefühl hat, um einer besiegten guten Sache, für die das gesammte Europa und sogar die Masse der „angel-sächsischen Vettern" jenseits des Weltmeeres nahezu drei Jahre lang ihre Zuneigung erklärten, auch jetzt noch in ihren tapfersten, aufopferungsvollsten Vorkämpfern die gebührende Anerkennung zu Theil werden zu lassen?

Wie? Hat man nicht diese selben Männer bei ihrer ersten Landung in England hochehrenvoll empfangen, sie sogar steuerfreien Fußes zur Besichtigung der Flotte und zum Vortreten bei dem König herbeiziehen wollen? — Freilich wohl in der Absicht, sie kalt kirre zu machen.

Und weil diese trefflichen Streiter für Landesunabhängigkeit und Freiheit, nachdem sie mit ihrer Forderung für bessere Entschädigung der von Haus und Hof Vertriebenen in London abgewiesen worden, sich jetzt in einem ganz maßvoll, ruhig und edel gehaltenen Aufruf an den Wohlthätigkeitssinn anderer Völker wenden — darum sollten sie in Deutschland kein Gehör finden dürfen? Darum sollten die Deutschen wie stumme Hunde dastehen müssen, als ob es ihnen nicht gezieme, ebenso frei sich ein Urtheil bilden und bewahren zu dürfen, wie es in England das Recht der Presse, der öffentlichen Meinung und der regierenden Staatsmänner ist?

Als die aus dem Präsidenten Krüger, dem General Smit, der den Sieg am Madschubahügel 1881 erfocht, und dem Minister Dutoit bestehende Abordnung 1884 in Berlin eintraf, nahm Fürst Bismarck den Präsidenten des Transvaalfreistaates beim Arm, um ihn an des Kaisers Tisch zu führen. Man hat später aus eines Reichskanzlers Mund vernommen, daß die Erhaltung der Südafrikanischen Republik ein deutsches Interesse sei. Alle Welt kennt das Telegramm bei Anlaß der Niederwerfung des Jameson-schen Freibeuterzuges.

Und da sollte man die Männer, die das Schwert zuletzt nothgedrungen in die Scheide gesteckt, von deutscher Thür, von deutschem Herde weisen? Und ein Kaiser sollte nicht das Recht haben, ihnen die Hand zu drücken, wie es durch König Edward geschehen?

Weg mit solchen unwürdigen Aengstlichkeiten! Sie sind des Namens und der Stellung Deutschlands nicht würdig. Es giebt auch in England glücklicherweise noch Männer und Frauen genug, die das, was in Südafrika geschehen, von Grund aus verurtheilen. Sie, ja, nicht blos sie, sondern selbst die grimmigsten Feinde der überwundenen Republiken würden wahrlich jegliche Achtung vor dem deutschen Volke und seiner Regierung verlieren, wenn diese sich nach allen vorhergegangenen Zeichen der Theilnahme dem Besiegten gegenüber so feig zeigen könnten. Was man in England vor allem achtet, das ist Kraft und Bewahrung der eigenen Würde.

Nicht um langsam vernarbende Wunden aufzureißen, ist dies gesagt. Der hier schreibt, hat oft genug bewiesen, daß er für England, wo es im Rechte ist, stets fest eintritt, gleichviel was für ihn die Folgen sein mögen. Gegen die Behauptung, es habe die deutsche Presse Englands Kriegführung verleumdet, sei nur angeführt, daß ein hochverdienter greiser englischer Krieger, der Feldmarschall Sir Neville Chamberlain (ein Namensvetter, doch kein Verwandter des Anderen), diese Kriegführung einst als „unmenschlich, tyrannisch und ungerecht" verurtheilte, zumal in Bezug auf die in die Sammellager geperrten Frauen und Kinder und das daraus entstandene massenhafte Hinsterben. Warum wird diese Aeußerung, warum wird die einer Anzahl Oxforder Professoren von Denen verschwiegen, die die deutsche Presse der „Verleumdung" anklagen?

Doch genug davon. Es ist nur zur kurzen Abwehr gesagt. Im Uebrigen darf man wohl hoffen, daß sich Volk und Regierung in Berlin nicht lassen „bange machen".

* * *

* Die **Burengeneräle** werden, wie wir nunmehr als feststehend mittheilen können, von Kaiser Wilhelm empfangen werden, wahrscheinlich bereits am Tage ihrer Ankunft in Berlin. Diese erfolgt mit dem Schnellzug Paris via Brüssel am Freitag früh etwa um 8 Uhr 40 Minuten auf dem Bahnhofe Zoologischer Garten, wo der Zug, was sonst nicht fahrplanmäßig ist, anhalten wird. Die Polizeibehörde hat hierzu auch mit Freuden ihre Zustimmung gegeben, da auf diese Weise der zu erwartende Andrang nicht dem Verkehr auf Bahnhof Friedrichstraße hinderlich wird. Die Generäle nehmen im Hotel Prinz Albrecht vormals vier Jahreszeiten Wohnung; dort findet auch — nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, im Kunstlerhause, da dieses für den betreffenden Abend vergeben ist — das Fest des Burenhilfsbundes zu Ehren der Generäle am 18. Oktober Abends statt, wobei die Spenden überreicht werden, darunter außer den schon genannten auch noch eine vom Frauenhilfsbund in Höhe von 15,000 Mark. Frau v. Olsen wird dies mit einigen Damen des Vorstandes thun. Am Sonntag darauf dürften die Generäle an dem Gottesdienst in der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche theilnehmen. Die Reise nach Paris und die Versammlung dort am 15. Oktober soll übrigens, wie die Generäle hervorheben, ein Akt der Dankbarkeit sein für den Empfang seinerzeit des Präsidenten Krüger und später der Delegirten der Buren durch den Präsidenten Loubet.

---

* Zu den Mittheilungen der **Broschüre** des früheren Posener Genossenschaftsrevisors **Bühring** schreibt Herr Major a. D. **Endell** dem Chefredakteur des „Berliner Tageblattes" einen Brief, den wir unter Auslassung solcher Redewendungen, deren Abdruck uns mit dem Preßgesetz in Konflikt bringen könnte, hier abdrucken. Herr Endell schreibt:

Sehr geehrter Herr!

Sie bringen in Nr. 500 Ihrer Zeitung Auszüge aus einer Broschüre, welche der entlassene Verbandsrevisor Bühring geschrieben hat, und in welcher derselbe mich auf das Heftigste angreift und einige eine Reihe von Mittheilungen meine Ehre hinabzuziehen sucht. Bei der Wiedergabe des Inhalts heben Sie besonders die Darlegungen des Verfassers hervor, nach welchen nur Haß und Eifersucht meinerseits die Veranlassung zur Entlassung desselben gewesen sein soll. Sie bemerken hierbei unter Mittheilung einer Reihe von Sätzen der Schrift, daß die Lektüre der Broschüre den Eindruck mache, als ob die darin gegebene Darstellung den Thatsachen entspreche, und als ob Bühring für einzelne seiner Behauptungen auch einwandfreie Beweise erbringe.

Hiernach muß ich überzeugt sein, daß Ihnen die näheren Gründe der Entlassung Bührings nicht bekannt sind. Ich theile Ihnen hierüber Folgendes mit: Bühring wurde im Juni d. J. vom Verbandsausschuß nach den Bestimmungen seines Kontraktes gekündigt, weil er vielfach Vergehungen gegen die Disziplin sich hatte zu Schulden kommen lassen. Neuerdings hat der Verbandsausschuß Bühring definitiv entlassen, weil er sich an Umtrieben gegen den Verband betheiligt hat, wie auch deshalb, weil sich bei genauerer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse herausgestellt hatte, daß er auch seine Pflichten als Revisor in letzter Zeit bei einzelnen Kassen gröblich verletzt hatte. Sie werden daraus auch gewiß die Ueberzeugung gewinnen, daß es Pflicht des Verbandsausschusses und daher auch von mir als Mitglied desselben war, die Entlassung Bührings herbeizuführen.

Was die mich betreffenden Ausführungen der Schrift Bührings anbelangt, so theile ich Ihnen gegenüber dem Eindrucke, den Sie aus denselben gewinnen zu müssen glaubten, ergebenst mit, daß sämmtliche thatsächlichen Behauptungen, die derselbe aufstellt, und die angeblichen Aeußerungen, die er von mir wiedergiebt, zum Theil ..... Entstellungen bringen, zum Theil ..... unwahr sind, und daß die Beweggründe, welche Bühring meinen Handlungen unterzuschieben sucht, in keiner Weise den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Ich habe übrigens meinen Anwalt beauftragt, gegen Bühring wegen Verleumdung gerichtlich vorzugehen.

Auf Ihr Gerechtigkeitsgefühl bauend, welches den Grundsatz: audiatur et altera pars, wie ich überzeugt bin, gelten läßt, darf ich Sie wohl bitten, diese meine Erklärung in Ihrem Blatte zu bringen, auch wenn dieselbe nicht in die Form der gesetzlichen Berichtigung gekleidet ist. Hochachtungsvoll Ihr ergebenster

Endell, Major a. D.

Von den punktirten Stellen abgesehen, ist das der wörtliche Abdruck des Briefes. Die ausgelassenen Stellen schreiben Herrn Bühring ein doloses Verfahren bei der Aufstellung seiner Behauptungen zu. Wir erwähnen das ausdrücklich, um Herrn Endells Wunsch, seine Entgegnung sinngemäß abgedruckt zu sehen, zu willfahren. Zur Sache selbst haben wir einstweilen wenig zu bemerken; Behauptung steht hier gegen Behauptung, und die Gerichtsverhandlung erst kann Klarheit in der Sache schaffen. Nur darauf sei hingewiesen, daß die Darstellung, die Herr Endell von der Veranlassung zur Kündigung Bührings giebt, in einem unüberbrückbaren Widerspruch zu dem Zeugniß steht, das Herr Hinerasky, der selbst die Kündigung mitbeschlossen hat, Herrn Bühring nachträglich ausgestellt hat. Bührings Pflichttreue, Arbeitsamkeit und hervorragende Erfolge auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens werden in diesem Zeugniß auf einigermaßen überschwänglich erscheinende Weise gepriesen. Wie stimmt das zu der von Herrn Endell als Grund der Entlassung Bührings angegebenen Pflichtwidrigkeiten?

---

* „Von gut unterrichteter Quelle aus der Wilhelmstraße" will die „Pos. Ztg." erfahren haben, Herr **v. Bitter,** der Posener Oberpräsident, sei zum **Nachfolger Goßlers** in Danzig „in erster Linie" ausersehen. Den durch Bitters Versetzung erledigten Posener Oberpräsidentenposten werde Graf **Posadowsky** übernehmen. Das Blatt meint, dieses Changement sei „unsonehr zu erwarten, als voraussichtlich die ganze „Zolltarifgeschichte" bei der heutigen Stimmung der opponirenden Majorität für die Regierung, wie sie wiederholt in vornehmster Weise betont hat, unannehmbar ist, wenn wir uns nicht mit unseren Nachbarstaaten einfach auf den „Kriegsfuß stellen" wollen."

„Auch der Reichskanzler soll sehr pessimistisch gestimmt sein; und es ist nicht ausgeschlossen, daß von allerhöchster Seite, demnächst oder in nicht allzu langer Zeit (maximum drei Monate) einschneidende Aenderungen in der Besetzung bestimmter tonangebender Stellungen geplant sind. In bundesrathlichen Kreisen — es kommen namentlich Bayern, Sachsen und Württemberg in Betracht — ist „unter der Hand" energisch das Gefühl zum Ausdruck gebracht worden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf die Dauer unhaltbar sind und für die Autorität des „Präsidiums des deutschen Reiches" von schwerwiegendem Nachtheil sein würden.

Das Posener Organ erklärt, es gebe diese Nachricht „natürlich mit Vorbehalt". Daran thut es sehr wohl, wenn auch die „gutunterrichtete Quelle aus der Wilhelmstraße" dadurch von ihm selbst diskreditirt wird. Bei der Meldung, die sich übrigens auch theilweise in hiesigen Sensationsblättern findet, handelt es sich ganz zweifelsohne um eine Kombination, deren Urheber mit der Wilhelmstraße nichts zu thun hat. Daß Graf Posadowsky einmal nach Posen kommt, gilt längst als sicher; da ist er auch recht gut am Platze. Auch ist nicht völlig ausgeschlossen, daß er bald dorthin geht; das Schicksal des Zolltarifs wird den Zeitpunkt seiner Uebersiedelung nach Posen bestimmen, und es kann sich sehr bald erfüllen. Daß aber andere Bundesstaaten sich über die gegenwärtige Gestaltung der Lage beschwert haben sollten, dürfte ebenso unzutreffend sein wie die Andeutung des Blattes, der untergehende Zolltarifkahn werde auch den Grafen Bülow mit in den Strudel reißen.

Der amerikanische Grubenarbeiterstreik.

Um über die weitere Behandlung des amerikanischen Grubenarbeiterstreiks durch die Bundesbehörden zu berathen, hat Präsident Roosevelt am Sonntag Vormittag im Weißen Hause einen Kabinetsrath abgehalten. Der Draht meldet aus Washington: Auf Einladung des Präsidenten Roosevelt kamen Sonntag Vormittag Root, Moody, Payne, Knox und Wright im Weißen Hause zusammen, um über den Grubenarbeiterausstand zu berathen. Nach dreistündiger Berathung vertagte sich die Konferenz. Es wurden keinerlei Mittheilungen über ihren Verlauf gemacht.

Nach einer Depesche aus Newyork theilte der Korrespondent des „Newyork Herald" in Harrisburg seinem Blatte mit, der Gouverneur Stone von Pennsylvanien sei entschlossen, die Ordnung in den Kohlenrevieren aufrecht zu erhalten, selbst wenn er gezwungen sein sollte, die gesammte Miliz des Staates einzuberufen.

Ueber den schon telegraphisch erwähnten Empfang der Grubenbesitzer und Grubenarbeiter durch Präsident Roosevelt liegt jetzt folgende ausführlichere Meldung vor:

Um über die Beilegung des Kohlenstreiks zu berathen, stellten sich am Freitag im Weißen Hause Vertreter der